

Artikel 48, Präsidialdiktatur und Ende der deutschen Republik von Weimar

Aus: Arthur Rosenberg (*), Geschichte der Weimarer Republik, Karlsbad 1935

Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer hatten seit 1929 wieder den demokratischen Mantel abgelegt, den ihnen Stresemann aufgedrängt hatte, und sie bekannten sich unbedingt zur Diktatur. Man könnte fragen, warum die herrschende Klasse Deutschlands denn diesen Abscheu vor den demokratischen Formen hatte. Wie die Dinge lagen, hatten die SPD und KPD keine Aussicht, eine Mehrheit im Reichstag zu erhalten. Warum schlossen sich die bürgerlichen Parteien nicht zu einem festen gegenrevolutionären Block zusammen? Da konnten sie doch auch erreichen, was sie wollten, und man sparte sich die Unannehmlichkeiten des Verfassungsbruchs und der Gewalttätigkeit. Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den verschiedenen bürgerlichen Gruppen und Tendenzen bestanden, hätten sich beilegen lassen, wenn der Reichsverband der Industrie erstlich die Einigung gewollt hätte. Dennoch wollte die Kapitalistenklasse unbedingt die Diktatur.

In einem Lande wie Deutschland, in dem fast drei Viertel aller Wähler zu den Arbeitnehmern gehören, ist eine bürgerliche Parlamentsmehrheit nur möglich, wenn die kapitalistischen Parteien volkstümlich auftreten und den armen Massen alle möglichen Versprechungen machen. Hätte man im Reichstag, mit den Mitteln der legalen Demokratie, eine extrem kapitalistische Gesetzgebung durchführen wollen, dann hätte die Regierung nicht nur die Opposition der SPD und KPD gegen sich gehabt: Auch viele Abgeordnete aus den bürgerlichen Parteien hätten Bedenken getragen, eine offen volksfeindliche Gesetzgebung vor den Wählern zu vertreten. Die Diktatur war in Deutschland notwendig, nicht nur wegen der SPD und KPD, sondern mindestens ebenso sehr wegen der linken Nationalsozialisten und wegen der christlichen Arbeiter. Wenn die Diktatur die Marxisten ausschaltete, so befreite sie damit die kapitalistischen Herren auch von jeder Rücksicht auf die volkstümlichen Strömungen in den eigenen Parteien. Die christlichen Gewerkschaften und die linken Nationalsozialisten, ja sogar die völkischen Freikorpsleute, haben später am eigenen Leibe erfahren, daß ihre Macht in dem Moment aufhörte, in dem die deutschen Kapitalisten vom Gegengewicht der sogenannten Marxisten befreit waren.

Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer waren 1930 nach Auflösung der Großen Koalition einmütig der Ansicht, daß jetzt eine Diktaturregierung kommen müsse. Aber über die Methoden und Wege der kommenden Diktatur bestanden Meinungsverschiedenheiten. Ein Teil der deutschen Kapitalisten und Gutsbesitzer hatte bereits den Weg zu Hugenberg und Hitler gefunden. Der andere Teil, und damals noch der größere, zog die Methoden der sogenannten volkskonservativen Bewegung vor. Hugenberg und Hitler wollten einen dramatischen, entschlossenen Bruch mit der republikanischen Vergangenheit: die sofortige gewaltsame Absetzung der demokratischen Preußen-Regierung und der übrigen Länderregierungen, soweit sie nicht auf dem Boden der nationalen Opposition standen, schärfste Unterdrückung der SPD, KPD und der freien Gewerkschaften, Brechung eines jeden Widerstandes mit Hilfe von Reichswehr, Schutzpolizei, Stahlhelm und SA. Der größere Teil der deutschen Kapitalisten wollte jedoch 1930 diesen Weg der schnellen und konsequenten Gewalttätigkeit noch nicht gehen.

Innerhalb der Deutschnationalen Partei hatte seit 1928 Hugenberg die Führung. Aber ebenso wie in den Jahren der Stabilisierung die Hugenberg-Gruppe dem gemäßigten Parteivorstand das Leben schwergemacht hatte, so bildeten jetzt die alten deutschnationalen Anhänger der Dawespolitik die Opposition gegen Hugenberg. Die gemäßigten Deutschnationalen, die Freunde der Bürgerblockpolitik von 1924 bis 1928, gaben sich jetzt den klangvollen Namen der Volkskonservativen. Sie verlangten vor allem eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten: Die neue Reichsregierung sollte durch den persönlichen Willen Hindenburgs und nicht durch parlamentarische Manöver zustande kommen. Diese neue Regierung müsse die Maßregeln durchführen, die in der Krise

notwendig seien: vor allem den rücksichtslosen Abbau der Löhne, Gehälter und sozialen Leistungen. Wenn der Reichstag versage, werde dieses ganze Programm mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten verwirklicht werden.

Die Volkskonservativen waren entschlossen, ihr Rettungsprogramm unbedingt durchzuführen, und wenn sich gewaltsamer Widerstand dagegen erheben sollte, wollten sie ihn mit Hilfe der Reichswehr brechen. Wenn es aber gelang, über die Krise auf Kosten der breiten Volksmassen hinwegzukommen, dann wollte man sich nicht unnötig die Situation durch Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterparteien, gegen die Gewerkschaften oder gegen die Preußenregierung erschweren. Die Volkskonservativen und die mit ihnen verbündeten einflußreichen Wirtschaftskreise hatten kein Vertrauen zu dem starren Fanatismus Hugenburgs, und sie wollten lieber die Deutschnationale Partei sprengen als Hugenburgs Experimente mitmachen. Die volkskonservativen Führer im Reichstag knüpften Beziehungen zur Deutschen Volkspartei an und zu dem diktaturfreundlichen Kreis christlicher Gewerkschaftler, der sich um Stegerwald gruppierte. Demnach gehörten im Frühjahr 1930 zur Gruppe Hugenburg-Hitler: die konsequenten Deutschnationalen und die Nationalsozialisten. Dagegen umfaßte die volkskonservative Gruppe: die gemäßigten Deutschnationalen, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die kleinen bürgerlichen Splittergruppen. Die entscheidenden Schiedsrichter zwischen den beiden großen Tendenzen des deutschen gegenrevolutionären Bürgertums waren die Reichswehrgeneräle und Hindenburg.

Im Parlament war im Frühjahr 1930 der volkskonservative Block noch bei weitem stärker als der Hugenburgblock. Der Reichstag hatte nicht ganz 500 Mitglieder, darunter waren ungefähr 200 Marxisten und ungefähr 40 sichere Anhänger von Hugenburg und Hitler. Wenn die Volkskonservativen mit dem Zentrum zusammengingen und alle bürgerlichen Splittergruppen mobilisierten, hatten sie ungefähr die Hälfte des Parlaments hinter sich. Wenn es gelang, noch einige schwankende Deutschnationale dem Einfluß Hugenburgs zu entziehen, hatten die Volkskonservativen mit ihren Freunden sogar die Mehrheit. Demselben Lager gehörten die Sympathien der großen Wirtschaftsverbände. Da auch die Generäle am liebsten mit den stärkeren Bataillonen gehen, entschied sich die Reichswehr zunächst für die Volkskonservativen und gegen Hugenburg-Hitler. Hindenburg ernannte die neue Reichsregierung nach den Vorschlägen der volkskonservativen Gruppe.

Die volkskonservativen Deutschnationalen beanspruchten für sich selbst den Posten des Reichskanzlers nicht, sondern sie überließen die formelle Führung ihren Freunden aus dem Stegerwald-Kreis im Zentrum. Stegerwald selbst wollte auch nicht Kanzler werden, sondern begnügte sich mit dem Posten des Arbeitsministers. Reichskanzler wurde Stegerwalds politischer Adjutant Brüning. Der neue Kanzler nahm neben Zentrumsleuten führende Volkskonservative und Männer der Deutschen Volkspartei in sein Kabinett auf. Die Reichswehr wurde wieder durch General Groener vertreten. Brüning wurde als Kanzler das Opfer all der wunderlichen politischen Illusionen, die seit Jahren unter den Führern der christlichen Gewerkschaften verbreitet waren. Diese Männer redeten sich tatsächlich ein, daß die christlichen Gewerkschaften unter allen Umständen das Zünglein an der politischen Waage Deutschlands sein würden. In Wirklichkeit war Brüning, als Kanzler der gegenrevolutionären Diktaturregierung, vom ersten Tag an der Gefangene der Schwerindustriellen, Bankiers und Großgrundbesitzer. Gehorsam nahm er in seine Notverordnungen alles auf, was die »Wirtschaft« verlangte.

In einer ähnlichen Lage, im Winter 1923/24, hatte Stresemann ebenfalls den gegenrevolutionären Gewalten manche Zugeständnisse gemacht. Aber er war doch immer Herr der Situation geblieben und hatte schließlich den Ausweg gefunden. Brüning besaß von den glänzenden politischen Eigenschaften Stresemanns nichts. Es war Stresemanns Stärke gewesen, daß er sich von den landläufigen Symbolen und Schlag-Worten der deutschen Politik freigehalten hatte. Brüning dagegen glaubte an alle Phrasen von »Pflicht«, »Dienst« und »Treue«, mit denen in Preußen die feudale und kapitalistische Reaktion seit 200 Jahren ihre Herrschaft zu verkleiden pflegte. Stresemann kannte die Menschen des In- und Auslandes. Brüning hingegen besaß weder Verständnis für das Ausland noch für das eigene Volk. Da sich Brüning regelmäßig in den psychologischen Methoden ebenso vergriff wie in der Einschätzung der realen Situation, zerstörte er in der Außenpolitik das Vermächtnis Stresemanns und brachte die deutschen Volksmassen zu noch schlimmerer Verzweiflung, als die Wirtschaftskrise allein es vermocht hätte. Brünings Persönlichkeit zeigt eine

überraschende Ähnlichkeit mit dem unglücklichen kaiserlichen Kanzler Bethmann-Hollweg. Wie die Ära Bethmann-Hollweg den Zusammenbruch der deutschen Monarchie einleitete, so haben die zwei Kanzlerjahre Brüning's zunächst das volkonservative Programm ruiniert, und zugleich sanken die letzten Reste der Weimarer Republik in den Abgrund.

So war in Deutschland im Frühjahr 1930 die revolutionäre Bewegung schwach und unzulänglich vertreten: durch die KPD, die linke SPD und die linken Nationalsozialisten. Die gegenrevolutionäre Welle hingegen wurde durch die beiden starken Blocks »Volkskonservative-Reichswehr« und »Hugenberg-Hitler« repräsentiert. Die legale Republik wurde nur noch von der rechten SPD verteidigt. Die weitere Entwicklung ging so, daß die Gegenrevolution den irregeleiteten Revolutionären erlaubte, den Weimarer Staat zu zerschlagen, daß danach aber die Gegenrevolution allein die Macht übernahm.

Das Wirtschafts- und Sparprogramm, das der Kanzler Brüning veröffentlichte, wurde vom Reichspräsidenten Hindenburg mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 der Verfassung in Kraft gesetzt. *Das war ein glatter Verfassungsbruch.* Denn der Artikel 48 der Weimarer Verfassung bezog sich nur auf den Fall gewaltsamer Unruhen, und die Schöpfer der Reichsverfassung dachten niemals daran, das normale Gesetzgebungswerk des Reichstags durch ein Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten verdrängen zu lassen. Die Männer der deutschen Gegenrevolution wußten ganz genau, daß diese Praxis mit der Verfassung nichts gemein hatte. Aber der Mißbrauch des Artikels 48 ist bereits im Unglücksjahr 1923 vorgekommen. Im Jahre 1928 veröffentlichte der frühere Reichskanzler Luther eine Darstellung, wie die Mark stabilisiert wurde. Er schreibt darin:

»Am 30. November (1923) kam das neue Kabinett unter Führung des Reichskanzlers Marx zustande. Ich gehörte ihm wiederum als Finanzminister an. Da nun aber das neue Ermächtigungsgesetz nicht sofort zur Verfügung stand, so wurden die notwendigsten Steuermaßnahmen auf dem Wege des Artikels 48 der Reichsverfassung ergriffen. Dieser Artikel gibt dem Reichspräsidenten das Recht, Anordnungen mit gesetzgeberischer Kraft zu erlassen. Selbstverständlich bedürfen auch diese Anordnungen der Gegenzeichnung eines Ministers. Es mag zugegeben werden, daß bei der Entstehung dieser Paragraphen zunächst nur an polizeiliche oder sonstige, die äußere Ordnung betreffende Maßregeln gedacht worden ist. Tatsächlich hat sich dieser Paragraph aber als sehr nützlich erwiesen, um in Fällen dringender Not auch wirtschaftliche, insbesondere steuerliche Maßregeln zu ergreifen.«

Hier ist alles so deutlich gesagt, wie man es sich nur wünschen kann. Die Anwendung des Artikels 48 für eine wirtschaftliche und steuerpolitische Gesetzgebung ist zwar verfassungswidrig, aber »sehr nützlich«. Nach diesem Grundsatz handelten Brüning, seine Ministerkollegen und Hintermänner im Jahre 1930. Im Reichstag wurde im Juli der Antrag gestellt, Brüning's Notverordnungen wieder aufzuheben. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Block Hugenberg-Hitler. Es zeigte sich, daß Brüning doch ein paar deutschnationale Abgeordnete zuwenig gewonnen hatte. Die Regierung blieb mit 225 gegen 236 Stimmen in der Minderheit. Daraufhin löste Brüning den Reichstag auf. Die neuen Reichstagswahlen fanden am 14. September 1930 statt. Die Krise und die Erregung der Massen hatten Millionen von Wählern mobilisiert, die vorher abseits standen. Wie zuvor bei der Hindenburgwahl und bei der Volksabstimmung über das Fürstenvermögen waren neue Wählerschichten auf dem Kampffeld erschienen. Die Zahl der abgegebenen Stimmen stieg von 31 Millionen im Jahre 1928 diesmal auf 35 Millionen.

Der Verlust, den die Sozialdemokratie erlitt, war, wenn man die Gesamtlage erwägt, gar nicht so groß. Sie sank von neun Millionen auf achteinhalb Millionen. Dafür gewannen die Kommunisten durch die gesteigerte Arbeitslosigkeit 1¼ Millionen Stimmen. Sie stiegen von 3¼ Millionen auf 4½ Millionen. Das Rennen zwischen den feindlichen deutschnationalen Brüdern blieb unentschieden, denn Hugenberg erhielt 2½ Millionen Stimmen und 41 Mandate, und die Volkskonservativen, die unter verschiedenen Firmen in den Wahlkampf gezogen waren, hatten zusammen ungefähr ebenso viele Stimmen und Mandate. Das entscheidende Merkmal dieser Reichstagswahl war jedoch der ungeheure Erfolg der Nationalsozialisten, die von 800.000 auf 6½ Millionen Stimmen stiegen und 107 Mandate eroberten. Von den vier Millionen neuen Wählern waren mindestens drei Millionen zu Hitler gekommen, und außerdem waren ungefähr 2½ Millionen Wähler von den anderen Rechtsparteien zu Hitler übergegangen. Ein nennenswerter Einbruch in die sogenannten

marxistischen Wählergruppen aber war den Nationalsozialisten nicht gelungen, nur die Mobilisierung von drei Millionen neuen Wählern für die eine Partei zeigte, wie die Volkstimmung lief.

Einige charakteristische Einzelresultate mögen diese Reichstagswahl beleuchten: In Schleswig-Holstein, der Provinz Claus Heims, stiegen die nationalsozialistischen Stimmen von 32.000 auf 240.000. Hugenberg erhielt 55.000 Stimmen, die volkskonservativen Gruppen erhielten 70.000. Die Sozialdemokraten hatten einen geringen Rückgang zu verzeichnen, während die Kommunisten 32.000 Stimmen gewannen. In Ostpreußen führte die Not der Bauern, Landarbeiter und Kleinpächter dazu, daß die nationalsozialistischen Stimmen von 8.000 auf 235.000 stiegen. In den großstädtischen und Industriebezirken erzielten die Nationalsozialisten ebenfalls erhebliche Gewinne, aber blieben doch im ganzen hier in der Minderheit. In Groß-Berlin wurden zwar, im Zeichen Sklareks, 3/4 Millionen kommunistische Stimmen und 400.000 nationalsozialistische Stimmen abgegeben, aber die SPD erhielt trotz allem ebenfalls 3/4 Millionen Stimmen, und im ganzen war in Groß-Berlin an jenem 14. September die Zahl der »Marxisten« immer noch fast viermal so stark wie die der »Nazis«.

Eine Einheitsfront KPD-SPD, die rücksichtslos den Kampf gegen die Brüning-Diktatur und den Kapitalismus aufgenommen hätte, würde vielleicht auch damals noch das Schicksal gewendet haben, indem sie die neuen Wählermassen der NSDAP zur Entscheidung für oder gegen den Kapitalismus zwang, so die Hitlerpartei sprengte und der Gegenrevolution ihre volkstümliche Grundlage entzog. Aber eine solche kämpfende Einheitsfront des Proletariats kam nicht zustande, weil die KPD-Leitung gar nicht die Revolution wollte, sondern nur die bequeme Propaganda gegen die SPD — und weil die rechtssozialistische Führung an den Kräften des Proletariats verzweifelte und wiederum das »kleinere Übel« suchte. Die linken Sozialisten jedoch waren wie 1923 eingeklemmt zwischen der eigenen Parteimehrheit und der offiziellen KPD und deshalb aktionsunfähig.

Im neuen Reichstag saßen 150 Anhänger des Blocks Hugenberg-Hitler, 220 Marxisten und ungefähr 200 Anhänger der Regierung Brünings. Die Volkskonservativen fürchteten weder die SPD noch die KPD, aber wohl die Konkurrenz Hugenberg-Hitler, die sich bei den Wahlen so sehr gestärkt hatte. Der Streit zwischen den Volkskonservativen und den Hugenberg-Freunden war eine innere Angelegenheit der deutschen Großkapitalisten und ihres feudalen Anhangs. Die SPD hielt jedoch die Regierung der Volkskonservativen für das kleinere Übel und stellte ihre Stimmen der Regierung Brüning gegen Hugenberg-Hitler und die KPD zur Verfügung.

Am 18. Oktober 1930 beschloß eine Reichstagsmehrheit, die sich aus den Anhängern Brünings und den Sozialdemokraten zusammensetzte, die Notverordnungen der Regierung einem Ausschuß zu überweisen und über die vorliegenden Mißtrauensanträge gegen Brüning zur Tagesordnung überzugehen. Damit stellte die Reichstagsmehrheit den Kampf gegen die verfassungswidrige Diktatur ein. Es war die Todesstunde der Weimarer Republik. Seitdem hat in Deutschland eine Diktaturregierung die andere abgelöst.

Die führenden Sozialdemokraten — überzeugt davon, daß das sozialistische Proletariat zum offenen Kampf zu schwach wäre — hofften offenbar, daß die neue Krise ebenso verlaufen werde wie die von 1923. Sie wollten die Notverordnungen »tolerieren«, wie sie damals das Ermächtigungsgesetz »toleriert« hatten. Vielleicht würde sich durch irgendeine günstige Wendung die demokratische Republik wiederherstellen lassen, wenn in der Zwischenzeit Brüning, im Kampfe gegen Hugenberg-Hitler, wenigstens das Schlimmste vermied. Jedoch ist 1924 die deutsche Demokratie nicht durch ihre eigene Kraft, sondern nur durch die Intervention der New Yorker Börse gerettet worden, und 1930/31 war das amerikanische Finanzkapital zu einer solchen Hilfsaktion für die Weimarer Republik weder bereit noch imstande.

Die bürgerliche Republik war in Deutschland 1918 das Werk der Arbeiterklasse. Das Bürgertum selbst hat die werdende deutsche Republik entweder bekämpft oder nur lau unterstützt. 1930 ging die bürgerliche Republik in Deutschland zugrunde, weil ihr Schicksal den Händen des Bürgertums anvertraut war und weil die Arbeiterschaft nicht mehr stark genug war, um die Republik zu retten. Die deutsche Arbeitnehmerschaft umfaßte zwar drei Viertel des Volkes, aber da sie sich weder in ihren politischen Idealen noch in ihren

taktischen Methoden einigen konnte und weil sich ihre Riesenkräfte im Kampfe gegeneinander verbrauchten, kam die Gegenrevolution wieder zur Macht.

(*) Arthur Rosenberg, 1889 - 1943, Althistoriker aus der Schule Eduard Meyers; Reichstagsabgeordneter für die KPD von 1924 - 1928; aktiv im Untersuchungsausschuß zu den Ursachen des deutschen Zusammenbruches im ersten Weltkrieg; Trennung von KPD und Komintern 1927. Seine wichtigsten Werke »Entstehung der Deutschen Republik«, »Geschichte der Deutschen Republik«, »Geschichte des Bolschewismus«, »Demokratie und Sozialismus« (letzte Auflage: 1990) sind in den sechziger Jahren bei der Europäischen Verlagsanstalt (wieder-)erschienen. Zwei Volksausgaben, die 1921 als Frucht seiner Dissertation von 1913 »Der Staat der alten Italiker, Untersuchungen über die ursprüngliche Verfassung der Latiner, Osker und Etrusker« erschienen sind, »Demokratie und Klassenkampf im Altertum« und »Geschichte der römischen Republik«, muß der neugierige Spürsinn in Verfassungsfragen in Liebhaber-Archiven zu finden hoffen.